

Erklärung der Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde

Amerika21.de dokumentiert erstmals in deutscher Sprache die Erklärung der "Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde"; Das ausführliche Dokument wurde nach dreitägiger Debatte unterzeichnet.

Abkommen der Völker Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde

Wenn die globale Erwärmung über zwei Grad Celsius ansteigt, denn das wäre die Konsequenz der so genannten Kopenhagener Vereinbarung, ist mit einer 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass die unserer Mutter Erde zugefügten Schäden irreversibel sein werden. Zwischen 20 Prozent und 30 Prozent der Arten laufen Gefahr zu verschwinden. Große Waldflächen wären betroffen, die Dürren und Überschwemmungen würden viele Regionen des Planeten schädigen, die Wüsten würden sich ausdehnen, und das Abschmelzen der Pole und der Gletscher in den Anden und im Himalaja würde sich beschleunigen. Viele Inselstaaten würden verschwinden, und Afrika würde einen Temperaturanstieg um mehr als drei Grad Celsius erleben. Auch die Produktion von Nahrungsmitteln in der Welt würde sich verringern, was katastrophale Auswirkungen auf das Überleben der Bewohner weiter Regionen der Erde hätte, und die Zahl der Hungernden, die bereits 1,02 Milliarden Menschen übersteigt, würde dramatisch zunehmen.

Die Unternehmen und die Regierungen der Länder, die "entwickelt" genannt werden, bieten uns unter Beihilfe eines Teils der wissenschaftlichen Gemeinschaft an, den Klimawandel als ein Problem zu diskutieren, das sich auf den Anstieg der Temperatur reduziert, ohne nach der Ursache zu fragen, die im kapitalistischen System besteht.

Wir stehen der Endkrise des patriarchalischen Zivilisationsmodells gegenüber, das sich auf die Unterwerfung und Zerstörung von Menschen und Natur stützt, ein Prozess, der sich mit der industriellen Revolution beschleunigte.

Das kapitalistische System hat uns eine Denkweise der Konkurrenz, des Fortschritts und des Wachstums ohne Grenzen aufgezwungen. Dieses Produktions- und Konsumregime strebt nach schrankenlosem Profit, es trennt den Menschen von der Natur und richtet ein folgerichtiges System der Herrschaft über diese auf, es verwandelt alles in Ware: das Wasser, den Boden, die menschlichen Gene, die überlieferten Kulturen, die Biodiversität, die Gerechtigkeit, die Ethik, die Rechte der Völker, den Tod und selbst das Leben.

Im Kapitalismus wird die Mutter Erde nur zu einer Quelle von Rohstoffen und die Menschen zu Produktionswerkzeugen und Konsumenten, zu Personen, deren Wert danach bemessen wird, was sie haben, nicht danach, was sie sind.

Der Kapitalismus braucht eine leistungsfähige Militärindustrie für seinen Akkumulationsprozess

und die Kontrolle von Territorien und Naturressourcen, um den Widerstand der Völker zu unterdrücken. Es handelt sich um ein imperialistisches System der Kolonisierung des Planeten.

Die Menschheit befindet sich vor einer großen Entscheidungsfrage: den Weg des Kapitalismus, der Plünderung und des Todes fortzusetzen oder den Weg der Harmonie mit der Natur und der Achtung vor dem Leben einzuschlagen.

Wir müssen ein neues System schaffen, das die Harmonie mit der Natur und zwischen den Menschen wiederherstellt. Gleichgewicht mit der Natur kann es nur geben, wenn es Gleichheit zwischen den Menschen gibt.

Wir schlagen den Völkern der Welt die Rückgewinnung, Wiederaufwertung und Stärkung der überlieferten Kenntnisse, Weisheiten und Praktiken der indigenen Völker vor, die sich in der Lebensweise und dem Modell des "Vivir Bien" (Guten Lebens) bestätigt finden, indem die Mutter Erde als ein lebendiges Wesen anerkannt wird, zu dem wir in einer unteilbaren, wechselseitigen, sich gegenseitig ergänzenden und spirituellen Beziehung stehen.

Um dem Klimawandel entgegenzutreten, müssen wir die Mutter Erde als Quelle des Lebens anerkennen und ein neues System herausbilden, das sich auf die Prinzipien gründet:

- Harmonie und Gleichgewicht unter allen und mit allem;
- Komplementarität, Solidarität und Gleichheit;
- kollektives Wohlergehen und Befriedigung der Grundbedürfnisse aller in Harmonie mit der Mutter Erde;
- Achtung der Rechte der Mutter Erde und der Menschenrechte;
- Anerkennung des Menschen für das, was er ist, nicht für das, was er hat;
- Beseitigung jeder Form von Kolonialismus, Imperialismus und Interventionismus;

- Frieden zwischen den Völkern und mit der Mutter Erde.

Das Modell, für das wir eintreten, beinhaltet weder zerstörerische noch grenzenlose Entwicklung. Die Länder brauchen die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, um die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerungen zu befriedigen. Aber auf keine Weise können sie den Weg der Entwicklung fortsetzen, auf dem die reichsten Länder fünf Mal mehr Ressourcen beanspruchen, als der Planet liefern kann. Gegenwärtig ist die Fähigkeit des Planeten zur Regeneration bereits um 30 Prozent überschritten. Bei diesem Tempo der Überausbeutung unserer Mutter Erde brauchte man 2030 zwei Planeten. In einem System der wechselseitigen Abhängigkeit, in dem wir Menschen eine der Komponenten sind, kann man nicht nur Rechte auf der Seite der Menschen anerkennen, ohne ein Ungleichgewicht des ganzen Systems zu provozieren. Um die Menschenrechte zu garantieren und die Harmonie mit der Natur wiederherzustellen, muss man die Rechte der Mutter Erde anerkennen und zur Geltung bringen. Deshalb schlagen wir die beigefügte Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde vor, in der ihr zugesichert werden:

- das Recht auf Leben und Existenz;
- das Recht, respektiert zu werden;
- das Recht auf Fortsetzung ihrer Zyklen und Lebensprozesse frei von menschlichen Eingriffen;
- das Recht auf Erhaltung ihrer Identität und Integrität als unterschiedliches, selbstreguliertes und untereinander in Beziehung stehendes Wesen;
- das Recht auf Wasser als Lebensquelle;
- das Recht auf saubere Luft;
- das Recht auf integrale Gesundheit;
- das Recht, frei von Kontamination und Verschmutzung, von giftigen und radioaktiven Abfällen zu sein;
- das Recht, keine genetischen Veränderungen und Modifizierungen ihrer Struktur zu erleiden, die ihre Integrität oder ihre lebenswichtigen und gesunden Funktionen bedrohen;

- das Recht auf volle und schnelle Wiederherstellung bei Verletzungen der in dieser Erklärung anerkannten Rechte, die durch menschliche Aktivitäten verursacht werden.

Unsere gemeinsame Vorstellung ist, die Konzentration von Treibhausgasen zu stabilisieren, um den Artikel 2 der Rahmenübereinkunft der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen zur Anwendung zu bringen, der "die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau (...), auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird", bestimmt. Unsere Vorstellung ist, auf der Basis des Prinzips der gemeinsamen, aber differenzierten historischen Verantwortung zu fordern, dass die entwickelten Länder sich zu quantifizierten Zielen der Reduzierung von Emissionen verpflichten, die es ermöglichen, die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre auf 300 ppm zurückzuführen und so den globalen Temperaturanstieg auf maximal ein Grad Celsius zu begrenzen. Wir bekräftigen die Dringlichkeit des Handelns, um dieses Zukunftsbild zu erreichen. Mit Unterstützung der Völker, Bewegungen und Staaten sollten die entwickelten Länder sich zu anspruchsvollen Zielen der Emissionsreduzierung verpflichten, die es ermöglichen, kurzfristig Ergebnisse zu erreichen. Wir erhalten unsere Vision vom Gleichgewicht des Klimasystems der Erde entsprechend dem obersten Ziel der Konvention aufrecht.

Die "gemeinsame Sicht" für die "langfristige Zusammenarbeit" darf sich in der Verhandlung über den Klimawandel nicht darauf beschränken, die Grenze für den Temperaturanstieg und die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre zu definieren. Sie muss in umfassender und ausgewogener Weise einen Komplex von finanziellen, technologischen, Anpassungs- und Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen, von Produktions- und Konsummustern und anderen wesentlichen Maßnahmen umfassen, wie die Anerkennung der Rechte der Mutter Erde, um die Harmonie mit der Natur wiederherzustellen.

Die entwickelten Länder, die Hauptverursacher des Klimawandels, müssen in Anerkennung ihrer historischen und gegenwärtigen Verantwortung ihre Klimaschuld in allen ihren Dimensionen anerkennen und einlösen als Basis für eine gerechte, effektive und

wissenschaftliche Lösung des Problems des Klimawandels. In diesem Rahmen fordern wir von den entwickelten Ländern, dass sie

- für die Entwicklungsländer den Raum der Atmosphäre wiederherstellen, der durch ihre Treibhausgasemissionen belegt ist. Das bedeutet die Entkolonisierung der Atmosphäre durch die Reduzierung und Absorption ihrer Emissionen;
- die Kosten und den erforderlichen Technologietransfer an die Entwicklungsländer für den Verlust von Entwicklungschancen wegen der Beschränkung des atmosphärischen Raumes übernehmen:
- die Verantwortung für die aufgrund des von ihnen verursachten Klimawandels erzwungene Migration von Hunderten Millionen von Menschen übernehmen, und dass sie ihre restriktive Einwanderungspolitik aufgeben und den Migranten ein würdiges Leben mit allen Rechten in ihren Ländern anbieten;
- die Kosten der Anpassungen übernehmen, die mit den Auswirkungen des Klimawandels in den Entwicklungsländern verbunden sind, indem sie die Mittel einplanen, um den Schäden vorzubeugen, sie zu minimieren und zu beheben, die aus ihren exzessiven Emissionen entstehen;
- diese Schulden einlösen als Teil einer größeren Schuld gegenüber der Mutter Erde, indem sie die Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde in den Vereinten Nationen annehmen und verwirklichen.

Der Ansatz darf nicht allein ökonomische Kompensierung sein, sondern hauptsächlich wiederherstellende Gerechtigkeit, das heißt die Wiederherstellung der Integrität der Personen und der Glieder, die eine Lebensgemeinschaft auf der Erde bilden. Wir beklagen den Versuch einer Gruppe von Ländern, das Protokoll von Kyoto zu annullieren, das einzige legal verbindliche spezifische Instrument für die Reduzierung der Treibhausgase in den entwickelten Ländern.

Wir machen die Welt darauf aufmerksam, dass die Emissionen der entwickelten Länder zwischen 1990 und 2007, ungeachtet ihrer legal gültigen Verpflichtung, statt zu sinken, um 11,2 Prozent gestiegen sind.

Die Vereinigten Staaten erhöhten auf Grund des schrankenlosen Konsums ihre Treibhausgasemissionen im Zeitraum 1990 bis 2007 um 16,8 Prozent und erzeugten im Durchschnitt pro Einwohner zwischen 20 und 30 Tonnen CO₂ jährlich, was mehr als das Neunfache der durchschnittlichen Emissionen für einen Bewohner der Dritten Welt entspricht und mehr als das 20-fache der Emissionen eines Bewohners des subsaharischen Afrika darstellt.

Wir weisen strikt die illegitime "Vereinbarung von Kopenhagen" zurück, die es den entwickelten Ländern erlaubt, auf der Basis von freiwilligen und individuellen Verpflichtungen ungenügende Reduzierungen von Treibhausgas zu offerieren, die die Umweltintegrität der Mutter Erde verletzen und zu einer Temperaturerhöhung um vier Grad Celsius führen werden.

Die nächste Konferenz über den Klimawandel, die Ende des Jahres in Mexiko stattfinden wird, muss den Zusatz zum Kyoto-Protokoll annehmen, der für die zweite Periode von Verpflichtungen von 2013 bis 2017 vorgesehen ist; in dieser Periode sollen die entwickelten Länder sich verpflichten, signifikante Reduzierungen von mindestens 50 Prozent zum Basisjahr

1990 vorzunehmen, ohne Kohlenstoffmärkte und andere Ausweichsysteme einzubeziehen, die die tatsächliche Nichterfüllung der Reduzierung von Treibhausgasemissionen verschleiern.

Wir fordern, als erstes ein Ziel für die Gesamtheit der entwickelten Länder festzulegen, um danach die Einzelzuweisung für jedes entwickelte Land im Rahmen eines Vergleichs der Anstrengungen unter ihnen vorzunehmen, so dass das System des Kyoto-Protokolls für die Reduzierung der Emissionen beibehalten wird.

Die Vereinigten Staaten von Amerika als einziges Annex-1-Land der Erde, das das Protokoll von Kyoto nicht ratifiziert hat, haben eine bedeutende Verantwortung vor den Völkern der Welt, sie sollten daher das Kyoto-Protokoll ratifizieren und sich verpflichten, die Ziele der Emissionsreduzierung zu respektieren und im Maßstab ihrer gesamten Wirtschaft zu erfüllen.

Die Völker haben die gleichen Rechte auf Schutz vor den Einwirkungen des Klimawandels, und wir weisen den Begriff einer "Anpassung an den Klimawandel" zurück, denn dieser bedeutet die Resignation vor den Auswirkungen, die die Emissionen der entwickelten Länder verursacht haben. Diese Länder sollten vielmehr ihren Lebens- und Konsumstil dieser planetaren Notlage anpassen. Wir sehen uns gezwungen, den Wirkungen des Klimawandels entgegenzutreten, aber diese Anpassung muss als ein Prozess und nicht als eine Auflage betrachtet werden, außerdem als ein Instrument, das dazu dienen soll, diesen Einwirkungen zu widerstehen, indem gezeigt wird, dass es möglich ist, innerhalb eines anderen Lebensmodells in Harmonie zu leben.

Es ist erforderlich, einen Anpassungsfonds aufzubauen, einen Fonds, der ausschließlich dazu bestimmt ist, dem Klimawandel zu begegnen, als Teil eines Finanzmechanismus, der auf souveräne, transparente und ausgewogene Weise von unseren Staaten verwaltet und geleitet wird. Im Rahmen dieses Fonds soll bewertet werden:

- die Auswirkungen und ihre Kosten in Entwicklungsländern;
- die Erfordernisse, die sich aus diesen Auswirkungen ableiten.

Auch die Unterstützung durch entwickelte Länder soll erfasst und ausgewertet werden. Dieser Fonds soll außerdem einen Mechanismus schaffen, der für den Ersatz von Schäden durch erfolgte und zukünftige Auswirkungen dient. Dieser Fonds soll ebenso greifen bei Schäden durch den Verlust von Chancen und für die Wiederherstellung nach extremen und allmählich wirkenden klimatischen Ereignissen. Er soll auch zusätzliche Kosten bestreiten, die sich ergeben können, wenn unser Planet die ökologischen Schwellen überschreitet, wie auch jene Auswirkungen, die das Recht auf "Vivir Bien" beeinträchtigen. Die den Entwicklungsländern durch einige Staaten aufgezwungene "Vereinbarung von Kopenhagen" ist – außer dass sie einige unzureichende Ressourcen offeriert – darauf ausgerichtet, die Völker zu spalten und gegeneinander auszuspielen, und hat das Ziel, die Entwicklungsländer zu erpressen, indem sie den Zugang zu Ressourcen für die Anpassung an Minderungsmaßnahmen bindet. Zusätzlich erweist sich als inakzeptabel, dass in den internationalen Verhandlungsprozessen versucht wird, die Entwicklungsländer nach ihrer Verwundbarkeit für den Klimawandel in Kategorien zu erfassen, so dass Streitigkeiten,

Ungleichheiten und Absonderungen unter ihnen hervorgerufen werden.

Die immense Herausforderung, der wir als Menschheit gegenüberstehen, um die globale Erwärmung aufzuhalten und die weitere Erhitzung des Planeten zu vermeiden, ist nur zu bewältigen, wenn es gelingt, eine tief greifende Umgestaltung in der Landwirtschaft hin zu einem Modell der nachhaltigen bäuerlichen und indigen/originären landwirtschaftlichen Produktion und anderen überlieferten ökologischen Modellen und Praktiken vorzunehmen, die zur Lösung des Problems des Klimawandels beitragen und die Ernährungssouveränität sichern. Diese wird verstanden als das Recht der Völker, ihr eigenes Saatgut, ihren Boden, das Wasser und die Produktion von Nahrungsmitteln unter Kontrolle zu haben und durch eine Produktion in Harmonie mit der Mutter Erde, die den lokalen und kulturellen Gegebenheiten angepasst ist, den Zugang der Völker zu ausreichenden, abwechslungsreichen und nahrhaften Nahrungsmitteln im Austausch mit der Mutter Erde zu garantieren sowie die Autonomie der (partizipativen, kommunitären und auf alle verteilten) Produktion jeder Nation und jedes Volkes zu vertiefen.

Der Klimawandel verursacht bereits tiefe Einschnitte für die Landwirtschaft und die Lebensweise der indigenen und Urvölker und Bauern der ganzen Welt, und die Auswirkungen werden sich in der Zukunft verschlimmern.

Das Agrobusiness mit seinem sozialen, ökonomischen und kulturellen Modell der globalisierten kapitalistischen Produktion und seiner Logik der Nahrungsmittelproduktion für den Markt, nicht für das Recht auf Ernährung, ist eine der Hauptursachen des Klimawandels. Seine technologischen, kommerziellen und politischen Instrumentarien vertiefen direkt die Klimakrise und verstärken den Hunger in der Welt. Deshalb lehnen wir die Freihandelsverträge und Assoziierungsabkommen und jede Form der Anwendung der intellektuellen Eigentumsrechte über das Leben ab, ebenso die aktuellen technologischen Pakete (agrochemische und gentechnische Maßnahmen) und jene Technologien, die sich fälschlicherweise als Lösungen anbieten (Agrotreibstoffe, Geoengineering, Nanotechnologie, Terminator-Technologie und ähnliche), denn sie verschärfen lediglich die gegenwärtige Krise.

Zugleich decken wir auf, wie dieses kapitalistische Modell Megaprojekte der Infrastrukturen durchsetzt, Regionen mit extraktiven Projekten überschwemmt, das Wasser privatisiert und vermarktet, die Territorien militarisiert, die indigenen und bäuerlichen Völker vertreibt und dadurch die Nahrungsmittelsouveränität hintertreibt und die soziale und Umweltkrise vertieft.

Wir fordern die Anerkennung des Rechts aller Völker, der Lebewesen und der Mutter Erde auf Zugang zu Wasser und seine Nutzung und unterstützen den Vorschlag der Regierung Boliviens, das Wasser als ein fundamentales Menschenrecht anzuerkennen.

Die Definition von Nutzwald in den Verhandlungen zur Rahmenübereinkunft der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen, die Pflanzungen einschließt, ist inakzeptabel. Die Monokulturen sind keine Wälder. Deshalb fordern wir für Verhandlungszwecke eine Definition, die die natürlich gewachsenen Wälder und Urwälder und die Diversität der Ökosysteme der Erde anerkennt.

Die Erklärung der UNO über die Rechte der indigenen Völker muss voll anerkannt, erfüllt und in die Verhandlungen über den Klimawandel integriert werden. Die beste Strategie und Handlungsweise, um die Entwaldung und die Waldschäden zu verhindern und die natürlichen Wälder und Urwälder zu schützen, besteht darin, die kollektiven Rechte an den Ländereien und Territorien anzuerkennen und zu garantieren, besonders in Anbetracht der Tatsache, dass die Mehrheit der Wälder und Urwälder sich in den Territorien indigener Völker und Nationen, bäuerlicher und traditioneller Gemeinden befinden.

Wir verurteilen die Marktmechanismen wie den Mechanismus REDD (Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung der Wälder) und seine Varianten, die die Souveränität der Völker und ihr Recht auf freie, vorherige und informierte Einwilligung und die Souveränität der nationalen Staaten sowie die Rechte, Bräuche und Gewohnheiten der Völker und die Rechte der Natur verletzt.

Die für Kontaminationen verantwortlichen Länder haben die Pflicht, auf direktem Wege die ökonomischen und technologischen Ressourcen zugunsten der indigenen, originären und bäuerlichen Völker und ihrer überlieferten Organisationsstrukturen zu überweisen, um die Wiederherstellung und Erhaltung der Wälder und Urwälder zu bezahlen. Das wäre eine direkte Kompensation, zusätzlich zu den Finanzierungsquellen, die von den entwickelten Ländern zugesagt worden sind, außerhalb des Kohlenstoffmarktes und keineswegs als Kompensationen von Kohlenstoff (carbon offsets). Wir fordern die Länder auf, die lokalen Projekte zu stoppen, die mit Marktmechanismen auf Wälder und Urwälder zugreifen und fälschlicherweise und unter deren Bedingungen Ergebnisse versprechen. Wir fordern von den Regierungen ein weltweites Programm zur Wiederherstellung der natürlichen Wälder und Urwälder, das von den Völkern geleitet und verwaltet wird und durch das forstwirtschaftliches Saatgut, Obstbäume und Wildflora zur Verfügung gestellt werden. Die Regierungen müssen die Forstkonzessionen kündigen und dafür eintreten, dass das Erdöl im Boden bleibt, und es dringend ist, die Förderung von Erdöl und Erdgas in den Urwäldern einzustellen.

Wir fordern von den Staaten, dass sie die wirksame Anwendung der internationalen Menschenrechtstandards und der Rechte der indigenen Völker anerkennen, achten und garantieren, besonders der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker und die Konvention 169 der ILO, um nur zwei entsprechende Dokumente im Rahmen der Verhandlungen, Politiken und Maßnahmen zur Beantwortung der durch den Klimawandel hervorgerufenen Herausforderungen zu nennen. Insbesondere fordern wir die Staaten auf, die Präexistenz des Rechts über unsere Territorien, Ländereien und Naturressourcen juristisch anzuerkennen, um unsere traditionellen Lebensformen zu ermöglichen und zu stärken und wirksam zur Antwort auf den Klimawandel beizutragen.

Wir fordern die volle und wirksame Anwendung des Rechts auf Konsultation, Beteiligung und vorherige Einwilligung sowie freie Information der indigenen Völker bei allen Verhandlungsprozessen wie auch bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen, die mit dem Klimawandel in Beziehung stehen.

Gegenwärtig erreichen die Umweltschäden und der Klimawandel kritische Ausmaße, und eine der Hauptkonsequenzen ist die Binnen- und internationale Migration. Nach einigen

Schätzungen gab es 1995 etwa 25 Millionen Klimamigranten; aktuell schätzt man sie auf 50 Millionen, und die Vorhersage für das Jahr 2050 spricht von 200 bis 300 Millionen Menschen, die durch Situationen, die vom Klimawandel verursacht sind, aus ihrer Heimat vertrieben werden. Die entwickelten Länder müssen die Verantwortung für die Klimamigranten übernehmen, sie in ihren Ländern aufnehmen und ihnen die Grundrechte internationalen Verträgen gemäß gewähren, die die Definition eines Klimamigranten beinhalten, damit alle Staaten diese Bestimmungen befolgen.

Es ist ein Internationaler Gerichtshof des Gewissens zu konstituieren, um die Verletzungen der Rechte der Migranten, Flüchtlinge und Vertriebenen in den Ursprungs-, Transit- und Zielländern sichtbar zu machen, zu dokumentieren, zu verurteilen und zu bestrafen, wobei die Verantwortung der Staaten, der Unternehmen und anderer Akteure eindeutig zu benennen ist.

Die Finanzmittel, die gegenwärtig den Entwicklungsländern für den Klimawandel zugewiesen werden, und die Vereinbarung von Kopenhagen sind viel zu gering. Die entwickelten Länder müssen eine neue jährliche Finanzierung von mindestens sechs Prozent ihres BIP zusagen, und zwar zusätzlich zur offiziellen Entwicklungshilfe und aus öffentlichen Quellen, um dem Klimawandel in den Entwicklungsländern entgegenzutreten. Das ist realisierbar, wenn man berücksichtigt, dass sie eine ähnliche Summe für ihre Verteidigungszwecke ausgeben und fünfmal mehr zur Rettung von Banken und Spekulanten vor dem Bankrott gewähren, was ihre internationalen Prioritäten und ihren politischen Willen ernsthaft in Frage stellt. Diese Finanzierung soll direkt, ohne Bedingungen und ohne Verletzung der nationalen Souveränität und der Selbstbestimmung der am meisten betroffenen Gemeinschaften und Gruppen erfolgen.

In Anbetracht der Unwirksamkeit des gegenwärtigen internationalen Instrumentariums muss auf der Konferenz in Mexiko ein neuer Finanzierungsmechanismus eingerichtet werden, der unter der Autorität der Konferenz der Teilnehmerstaaten an der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel arbeitet und dieser gegenüber Rechenschaft ablegt, und zwar mit einer signifikanten Vertretung der Entwicklungsländer, um die Erfüllung der Finanzierungsverpflichtungen der Annex-1-Länder zu garantieren.

Man hat festgestellt, dass die entwickelten Länder ihre Emissionen im Zeitraum 1990-2007 erhöht haben, und das trotz ihrer Behauptung, die Reduzierung würde im Wesentlichen durch Marktmechanismen unterstützt werden.

Der Kohlenstoffmarkt hat sich in ein lukratives Geschäft verwandelt, er vermarktet unsere Mutter Erde. Er stellt keine Alternative dar, um dem Klimawandel zu begegnen, da er die Erde, das Wasser und sogar das Leben selbst ausplündert und verwüstet.

Die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, dass der Markt unfähig ist, das Finanzsystem zu regulieren, dass es anfällig und unsicher ist angesichts der Spekulation und dem Auftreten von Vermittlern, deshalb wäre es völlig unverantwortlich, seinen Händen die Bewahrung und den Schutz der menschlichen Existenz selbst und unserer Mutter Erde zu überlassen.

Wir betrachten es als unzulässig, dass die laufenden Verhandlungen auf die Schaffung neuer Mechanismen abzielen, die den Kohlenstoffmarkt erweitern und fördern, während die

vorhandenen Mechanismen das Problem des Klimawandels weder lösen noch sich in reale und direkte Aktionen zur Reduzierung der Treibhausgase umsetzen.

Es ist unerlässlich, die Erfüllung der durch die entwickelten Länder in der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Entwicklung und Übertragung von Technologie zu fordern sowie den "technologischen Schaukasten" abzulehnen, der von den entwickelten Ländern vorgeschlagen wird, die die Technologie nur vermarkten. Es ist von grundlegender Bedeutung, die Richtlinien für die Schaffung eines multilateralen und multidisziplinären Mechanismus für die partizipative Kontrolle, die Verwaltung und die kontinuierliche Bewertung des Technologieaustausches festzulegen. Diese Technologien müssen Nutzen bringen, sauber und sozial verträglich sein. Ebenso grundlegend ist die Einrichtung eines Fonds für die Finanzierung und Erfassung geeigneter Technologien, die von intellektuellen Eigentumsrechten befreit sein müssen, besonders vom Patentrecht, und von privaten Monopolen in die öffentliche Verfügung übergehen müssen, frei zugänglich und zu niedrigen Kosten.

Das Wissen ist universal und darf unter keiner Begründung Objekt privaten Eigentums und ausschließender Nutzung sein, ebenso wenig seine Anwendungen in Form von Technologien. Es ist Pflicht der entwickelten Länder, ihre Technologien den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen, Forschungszentren für die Schaffung ihrer eigener Technologien und Innovationen zu schaffen wie auch ihre Entwicklung und Anwendung für das Vivir Bien zu schützen und zu fördern. Die Welt muss die Prinzipien und Ansätze des uralten Erbes ihrer Urvölker für die Abwendung der Zerstörung des Planeten zurückerobern, erlernen und wiederaufnehmen, ebenso das überlieferte Wissen und die Praktiken, die Spiritualität in der Wiedereingliederung in das Vivir Bien gemeinsam mit der Mutter Erde.

Angesichts des fehlenden politischen Willens der entwickelten Länder, in wirksamer Weise ihre Zusagen und Verpflichtungen zu erfüllen, die sie im Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über den Klimawandel und im Kyoto-Protokoll übernommen haben, und angesichts der Nichtexistenz einer legalen internationalen Instanz, die Klima- und Umweltdelikten gegen die Rechte der Mutter Erde und die Menschheit vorbeugt und sie bestraft, fordern wir die Schaffung eines Internationalen Klima- und Umweltgerichtshofes, der die verbindliche juristische Kompetenz hat, Staaten, Unternehmen und Personen zu hindern, zu verurteilen und zu bestrafen, die durch Handeln oder Unterlassen Kontaminationen verursachen und den Klimawandel provozieren.

Es gilt die Staaten zu unterstützen, die Klagen vor dem Internationalen Gerichtshof gegen diejenigen entwickelten Länder einbringen, die ihre Verpflichtungen gemäß der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel und dem Protokoll von Kyoto nicht erfüllen, einschließlich ihrer Pflichten zur Reduzierung von Treibhausgasen.

Wir rufen die Völker eindringlich auf, eine tiefgehende Reform der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) vorzuschlagen und zu unterstützen, damit alle ihre Mitgliedsstaaten die Entscheidungen des internationalen Klima- und Umweltgerichtshofes erfüllen.

Die Zukunft der Menschheit ist in Gefahr, und wir können nicht akzeptieren, dass eine Gruppe

von Regierenden entwickelter Länder für alle Länder entscheiden wollen, so wie sie es erfolglos auf der Konferenz der Teilnehmerstaaten in Kopenhagen versucht haben. Diese Entscheidung kommt uns, allen Völkern zu. Deshalb ist die Durchführung eines Weltreferendums, eines Plebiszits oder einer Volksbefragung über den Klimawandel notwendig, in dem die Meinungen eingeholt werden sollen über: das Niveau der Reduzierung von Emissionen, die die entwickelten Länder und die transnationalen Unternehmen vornehmen sollen; die Finanzmittel, die die entwickelten Länder zur Verfügung stellen sollen; die Schaffung eines internationalen Klimagerichtshofes; die Notwendigkeit einer Allgemeinen Erklärung der Rechte der Mutter Erde; und die Notwendigkeit, das gegenwärtige kapitalistische System zu verändern.

Die Durchführung des Weltreferendums, Plebiszits oder einer Volksbefragung wird Ergebnis eines Vorbereitungsprozesses sein, der die erfolgreiche Entwicklung desselben sichert.

Um unser internationales Auftreten zu koordinieren und die Zielstellungen dieses "Abkommens der Völker" umzusetzen, rufen wir dazu auf, eine Weltbewegung der Völker für die Mutter Erde aufzubauen, die sich auf die Prinzipien der Komplementarität und der Achtung der Verschiedenartigkeit des Ursprungs und der Sichtweisen ihrer Mitglieder stützt und sich als ein weiter und demokratischer Raum der Koordinierung und Verbindung von Aktionen auf Weltebene konstituiert.

Mit diesem Vorsatz nehmen wir den beigefügten Weltaktionsplan an, auf dass in Mexiko die entwickelten Länder des Annex 1 den geltenden legalen Rahmen respektieren und ihre Treibhausgasemissionen um 50 Prozent reduzieren und die verschiedenen Vorschläge übernehmen, die in diesen Abkommen enthalten sind.

Abschließend kommen wir überein, die Zweite Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde im Jahre 2011 durchzuführen, als Teil dieses Prozesses des Aufbaus der Weltbewegung der Völker für die Mutter Erde und als Reaktion auf die Ergebnisse der Konferenz zum Klimawandel, die Ende des Jahres in Cancún, Mexiko, stattfinden wird.